

## DKP enthüllt Rodungspläne

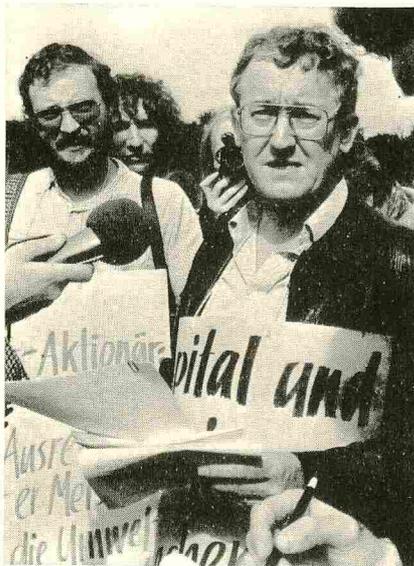
Wie eine Bombe schlug in der Stadtverordnetenversammlung die Mitteilung der DKP ein, daß nun auch noch der US-Militärflughafen in Richtung Walldorf erweitert werden soll. Damit wäre der letzte schmale Waldgürtel zwischen dem Flughafen und unserer Stadt gefährdet. In den Tagen darauf kam es zu verwirrenden Aussagen der verantwortlichen Stellen.

Der Sprecher des Umlandverbandes Dr. Hausschild bestätigte, daß das Areal zwischen der Radar-Station an der Okrifteiler Straße und der German-Air-Halle als Verkehrsfläche ausgewiesen wurde. Das heißt, dieses Waldstück ist unmittelbar bedroht.

Gleichzeitig verwies Dr. Hausschild auf die Tatsache, daß sich die Amerikaner auf das Truppenstatut berufen könnten, eine Abholzung kann praktisch sehr schnell vorgenommen werden. Mittlerweile teilten die Amerikaner mit, daß man „zur Zeit“ nicht an Baumaßnahmen denke. Nach allen unseren Erfahrungen soll diese Aussage nur zur Beruhigung der Bevölkerung dienen.

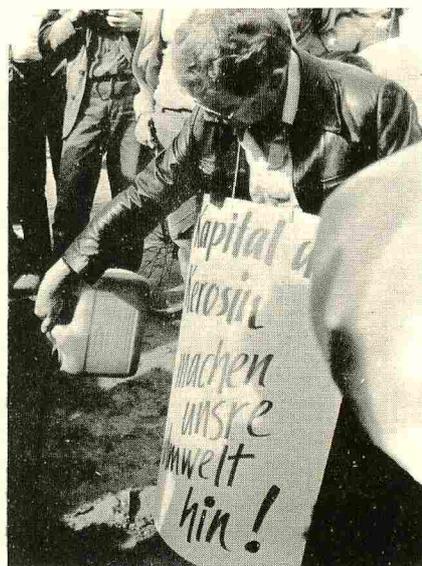
Noch alarmierender sind allerdings Meldungen, daß die FAG beabsichtigt, im Süden des Flug-

hafens Wartungs- und Containerhallen zu bauen. Dafür würden 15 bis 20 Hektar (!) Wald benötigt. Alle diese Vorgänge belegen, daß der Flughafen ein nimmersatter Waldfresser ist. Es geht immer so weiter, wenn wir nicht entschieden diesen Plänen den Kampf ansagen.



## Das Pulverfaß läuft bald über

In einer Erklärung der hessischen SPD zur Neutronenbombe heißt es: „Die Tatsache, daß auf hessischem Boden seit dem 2. Weltkrieg ein großer Teil der US-Streitkräfte stationiert ist, stellt dieses Bundesland und seine tragenden politischen Kräfte vor eine besondere Verantwortung!“ Daran mußte ich denken, als mir ein Bürger ein Paket übergab, das er im Mörfelder Sperrmüll vor einem von Amerikanern bewohnten Haus gefunden hatte. Inhalt: 20 Bedienungsanleitungen für die ▶



Aus Anlaß des erneuten Kerosin-Skandals auf dem Flughafen startete die Bürgerinitiative eine interessante Aktion auf dem Gelände der geplanten Startbahn West. Man verschüttete 3 l Altöl, um auf die unterschiedliche Behandlung von Umweltstraftätern hinzuweisen. So wurden schon Bürger zu hohen Geldstrafen verurteilt, die nur einen halben Liter Benzin in den Gully schütteten, während die Großkonzerne in der Regel ungestraft unsere Umwelt zerstören. Das von der Bürgerinitiative verschüttete Altöl wurde zum Schluß der Aktion ordnungsgemäß beseitigt.

Pershing Ia. Bedienungsanleitungen also für die atomaren Mittelstreckenraketen, die bereits in unserem Land stationiert sind.

Das Paket selbst war adressiert an das „Pershing Modification Team“ auf der US-Air-Base.

Da bleiben Fragen.

Sind auf der US-Air-Base oder im US-Depot im Oberwald solche Raketen oder die atomaren Gefechtsköpfe gelagert?

Wie sieht es mit der Sicherheit dieses US-Depots aus, wenn die Amerikaner ihre Vorschriften so lax handhaben?

(Schließlich konnte man ja schon im „Stern“ nachlesen, daß sich um die stationierten Pershing-Raketen die Hasch-Wölkchen der amerikanischen Bedienungsmannschaften kräuseln würden.)

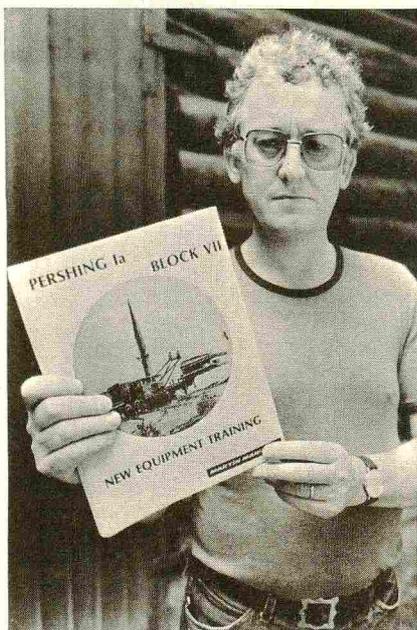
Wenn man weiß, daß mehrmals täglich die „Galaxy“, die größte Militärmaschine der Welt auf der US-Air-Base landet, dann muß man auch fragen: Werden die neuen US-Atomraketen, das Nervengas, die Neutronenbomben auch hier eingeflogen?

Was passiert, wenn es zu einem Flugzeugabsturz kommt?

Fragen, die einem die Gänsehaut bringen können.

Wenn die hessische SPD in ihrer Erklärung eine solche vernünftige Aussage macht, dann sollte sie sich endlich dazu durchringen, energisch die Auflösung der US-Air-Base zu fordern. Das Pulverfaß Hessen läuft nämlich bald über!

Rudi Hechler



Zwanzig solcher Bedienungsanleitungen für die Pershing Ia lagen beim Mörfelder Sperrmüll.

## Neutronenbombe – Schwelle zum Atomkrieg ist niedriger gesetzt

Am 36. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima hat USA-Präsident Reagan den Befehl zur Produktion der Neutronenwaffe gegeben. Die Neutronenwaffe vernichtet Menschen und läßt materielle Güter unzerstört. Sie ist die grausamste und perverseste Waffe, die es je gab. Der Beschluß des amerikanischen Präsidenten ist gegen die Friedens- und Überlebensinteressen aller Völker, insbesondere unseres Volkes, gerichtet. Denn es ist ganz klar, daß die Neutronenbombe letztendlich auf dem Boden unseres Landes, „frontnah“, stationiert werden soll.

In diesem Zusammenhang erhält die Hartnäckigkeit, mit der die Startbahn-West-Pläne verfolgt werden, eine neue Bedeutung. Es wird immer deutlicher, daß diese neue Startbahn in der Militärstrategie der NATO eine große Rolle spielt. Diese Massenvernichtungswaffe ist nicht zur Stationierung und zum Einsatz auf dem amerikanischen, sondern auf dem europäischen Kontinent bestimmt.

Sie soll von Basen in Europa aus, zum Einsatz kommen. Wir fragen: Ist dafür auch die US-Air-Base und die geplante Startbahn/West vorgesehen?

Es ist eine skandalöse Mißachtung der nationalen und Friedensinteressen unseres Landes, wenn die SPD/FDP-Regierung erklärt, der Bau der Neutronenbombe sei eine „innere“ Angelegenheit der USA.

Der Beschluß zur Produktion der Neutronenbombe beweist, daß die USA mit ihrer Hochrüstung- und Konfrontationspolitik für unser Volk keine Schutzmacht, sondern ein Friedens- und Sicherheitsrisiko sind. Präsident Reagan hat die Vorschläge, auf den Bau der Neutronenbombe zu verzichten und diese menschenfeindliche Waffe zu verbieten in den Wind geschlagen und eine neue Phase des Wettrüstens in Gang gesetzt. Die Neutronenbombe bedeutet verstärktes Wettrüsten, sie vergrößert die Gefahr eines vernichtenden Atomkrieges.

Angesichts dieser neuen Gefahren für den Frieden erklären wir unsere Bereitschaft, gemeinsam mit den Stadtverordneten anderer Parteien, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften unserer Stadt, den Kampf für Frieden, den Kampf gegen die geplante Stationierung von amerikanischen Atomraketen und Neutronenbomben in der Bundesrepublik zu verstärken.

Wir fordern von der Bundesregierung, entsprechend den Lebensinteressen unseres Volkes, von den USA die Rücknahme des Neutronenbombenbeschlusses zu verlangen. Wie die Regierungen Schwedens, Dänemarks, Norwegens und vieler anderer Länder muß auch die Bundesregierung klipp und klar erklären, daß sie es niemals dulden wird, diese menschenfeindlichste aller Waffen auf dem Boden unseres Landes zu stationieren. Die Bundesregierung muß endlich – wie dies auch der DGB auf seinem 11. Bundeskongreß gefordert hat – „Schritte einleiten, um ein völkerrechtliches Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen.“

DKP-Fraktion  
Mörfelden-Walldorf

### Hintergründe

Vor einigen Wochen traf sich der hessische Staatssekretär Jörg Jordan in Wiesbaden mit einigen Juso-Vertretern. Dabei meinte Jordan, daß die Verlegung der US-Air-Force vom Rhein-Main-Flughafen auf einen Militärflughafen von den Militärs entscheiden abgelehnt würde, da nur ein Mix von militärischen und zivilen Flugbewegungen von einem Flughafen sicherstellen würde, daß eine Satelliten-Aufklärung nicht differenziert durchgeführt werden könnte.

✱

Im Mai 1981 konnte man in den „Fuchsbriefen“, eine Informationschrift für Industrie- und Bankmanager, lesen:

„Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US-Air-Force auf diese Kapazitätsausweitung besteht und drängt. Das ist in der ganzen Diskussion von allen Beteiligten verschwiegen worden, um die Sache nicht zu einem Politikum zu machen. Frankfurt sei für die Air Force – so sagen die Amerikaner – als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden.“

✱

Beim Durchblättern der Akten für das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren der Startbahn West, fanden wir in der „Geologischen Voruntersuchung“ den Hinweis, daß man sich bei der Dimensionierung der Rollbahn-Decke nach Vorschriften und Merkblättern für militärische Zwecke aus den USA richtet.

# Lebensnotwendiger Protest

Nun ist es heraus: Die US-Regierung hat schon vor Wochen den Beschluß gefaßt, die Neutronenbombe zusammenzubauen. Die Einzelteile waren schon länger in Auftrag gegeben. Stückweise ist der amerikanische „Verteidigungs“minister Weinberger mit der Wahrheit herausgerückt. So wurde bekannt, daß erste Exemplare der Neutronenbombe schon fix und fertig sind und „innerhalb von Stunden“ (Weinberger) nach Europa geflogen werden können. Gefragt wird niemand, hier werden nur noch Fakten geschaffen, und das notfalls hinter unserem Rücken. Weinberger sagte zwar in Washington, die

Bombe werde nur nach „Konsultation“ in Westeuropa stationiert, er sagte aber auch, die USA entschieden „alleine“, was für ihre auf unserem Kontinent stationierten Truppen gut sei und was nicht. Tatsächlich können die Atomkriegsstrategen in Washington auf eigenem Territorium mit der N-Bombe gar nichts anfangen: sie ist eine typische „Gefechtsfeldwaffe“, die auf Artillerie und Kurzstreckenraketen — wie die auf vielen US-Basen in der Bundesrepublik stehende Lance-Rakete — montiert wird. Und das offizielle Bonn? Die Bundesregierung weicht aus, die Führung der SPD-Fraktion konnte sich nicht zu

einem klaren Nein durchringen. Die CDU/CSU zeigt sich sogar begeistert. Am weitesten ging CSU-Chef Strauß, der die Neutronenbombe sogar für die Bundeswehr will!

Nach dem Plan, in Europa neue Atomraketen der USA zu stationieren, wird die Neutronenbombe-Entscheidung Reagans uns noch näher an den Rand einer atomaren Katastrophe rücken. Gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges protestierten Generäle und Gewerkschaftsführer, Kommunisten und Sozialdemokraten, Frauen- und Jugendverbände. Dieser Protest wird zunehmend lebensnotwendig. Auch die Bürger unserer Stadt sind aufgerufen, auf vielfältige Weise ihrem Protest Ausdruck zu geben.

\*\*\*\*\*

## Solidarische Unterstützung

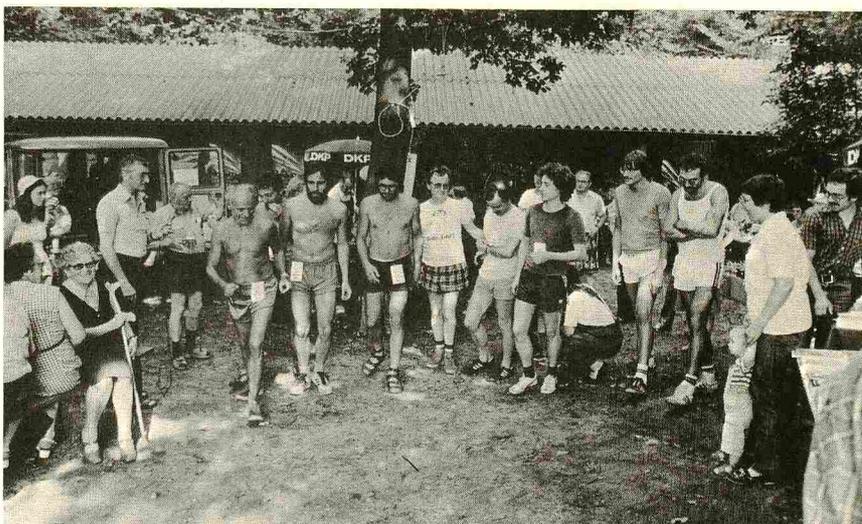
*Eine Solidaritätsadresse sandte die „Gmünder Friedensinitiative/Bürger gegen den Atomkrieg“ an die Bürgerbewegung gegen die Startbahn West*

Die Gmünder Friedensinitiative/Bürger gegen den Atomkrieg möchte der Bürgerinitiative und der Parteieninitiative gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) ihre solidarische Unterstützung bekunden und Erfolg für die Herbeiführung eines Volksentscheides wünschen.

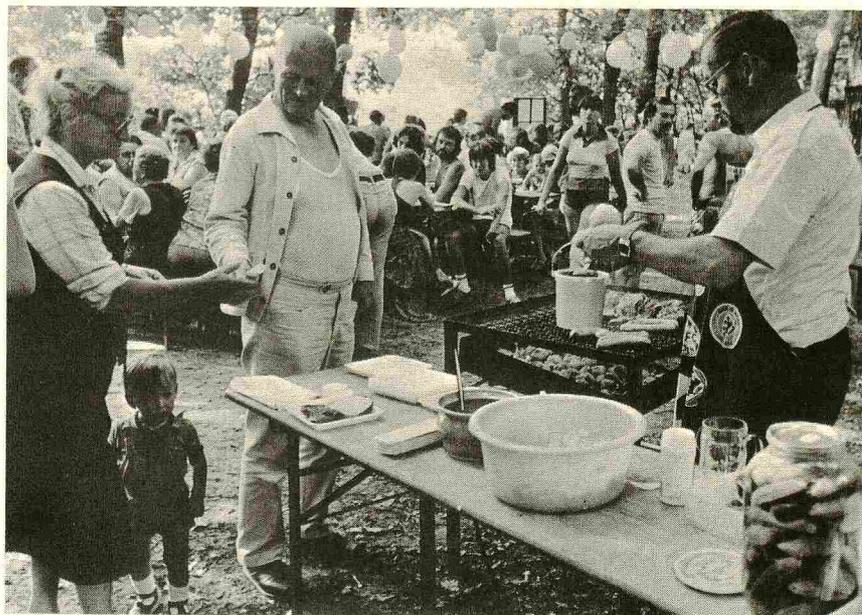
Abgesehen von den unverantwortlichen Eingriffen in eine kaum noch intakte Umwelt dieser dichtest besiedelten Region Rhein-Main wird auch bei uns nicht übersehen, daß die Startbahn West vornehmlich auf Druck der US-Army forciert wird. Bereits heute ist die Rhein-Main-Air-Base die wichtigste Drehscheibe für militärische Aktionen, z.B. gegen Ziele im Nahen und Mittleren Osten. Diese Funktion soll nach US-Wünschen noch wesentlich ausgebaut werden, weswegen sich die US-Air Force Nutzungsrechte der Startbahn West vorbehält.

Ebenso wie Schwäbisch Gmünd wäre die Rhein-Main-Region bevorzugtes Ziel eines Gegenschlages bei einer militärischen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR. Deswegen ist jeder Schritt wichtig, der zum Ziel eine Verringerung des militärischen Potentials hat, sei es die Verhinderung der Stationierung von Pershing II-Raketen in Schwäbisch Gmünd und anderswo ebenso wie die Verhinderung umwelt- und friedensgefährdender wirtschaftlich-militärischer Großprojekte wie die Startbahn West.

Dr. med. Reinhold Berz  
Neue Str. 74/2  
7070 Schwäbisch Gmünd

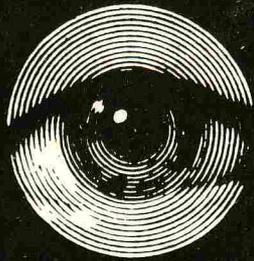


*Bei brütender Hitze wurde in diesem Jahr die „Rote Oberwald-Meile“ der DKP gestartet. Trotzdem gab es bei der 5000-Meter-Strecke gute Zeiten.*



*Grillfest der DKP. Bei wunderschönem Sommerwetter feierte man am Forsthof im Oberwald. Neben „Gegrilltem“ gab es Kaffee und Kuchen, Kartoffelpfannkuchen, eine große Tombola und viel Spaß für Jung und Alt.*

## BLICKPUNKT KOMMUNAL



# Anfragen der DKP-Fraktion

## Abwässer der Air-Base

In welchem Umfang und in welchem Zustand werden Abwässer von der US-Air-Base z. Zt. in den Gundbach eingeleitet? Bis zu welchem Zeitpunkt soll dieses Abwasserproblem gelöst werden?  
Ist die Stadt bereit, auf die zuständigen Stellen Druck auszuüben, damit notwendige Maßnahmen erfolgen?

### Begründung:

Zur Zeit gibt es vielfältige Bemühungen, unsere Bäche und Flüsse von ungeklärten Abwässern zu befreien. Im allgemeinen wird dazu rigoros die Bevölkerung zur Kasse gebeten. Die „rechtliche Sonderstellung“ der Amerikaner scheint jedoch eine ordnungsgemäße Klärung der Air-Base-Abwässer zu verhindern, denn nach wie vor ist der Gundbach einer der am meisten belasteten Bäche unserer Gegend.

Wie aus älteren Unterlagen hervorgeht, setzen sich die Abwässer der US-Air-Base in erster Linie aus verschmutztem Niederschlagswasser, Abwasser aus Werkstätten, Küchen, Kasinos usw. (über Benzin/Öl/Fettabscheider) und sanitärem Abwasser aus der Kläranlage zusammen. Hinsichtlich der Gewässerreinigung besonders problematische Stellen sind das System Motorpool, System Sandpit (Reparatur und Waschplätze) und das Regenrückhaltebecken.

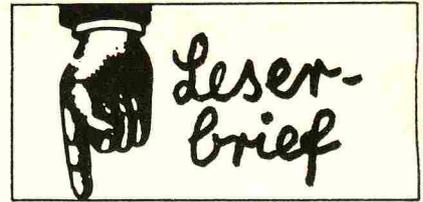
Nach der Einleiterlaubnis sollen insgesamt nicht mehr als 2.400 l/s aus 24 Einleitstellen eingeleitet werden. Bei einem Ortstermin am 9.10.1979 haben alle Beteiligten (Vertreter der US-Air-Force, des Wasserverband Schwarzbach/Ried und beteiligte Behörden) Maßnahmen, die zu Verbesserungen führen sollen, zugestimmt. Bis heute scheinen jedoch dort keine Veränderungen vorgenommen worden zu sein.

## Altenwohn- und Pflegeheim

Wie ist der Stand der Planung beim Altenwohn- und Pflegeheim?  
Gibt es Klarheit über das Raumprogramm (Zusatzeinrichtungen wie Altentreff, Rehabilitationseinrichtungen, zentrale Altenbetreuung)? Welche Zeiträume bis zur Verwirklichung des Projekts ergeben sich aus heutiger Sicht?  
Welche Anträge zur Bezuschussung sind gestellt?  
Welche Mittel sind zu erwarten?

## Südumgehung in weiter Ferne

Der Bauausschuß befaßte sich in seiner jüngsten Sitzung wieder einmal mit der Umgehungsstraße im Süden Mörfeldens; konkret vom Schlangenloch bis zu B 486 (Industriegebiet). Drei Herren vom Hessischen Straßenbauamt erklärten den neuesten Stand der Planungen. Bevor man die eigentliche Planfeststellung eröffnet, will man mit der betroffenen Kommune Übereinstimmung erzielen. Problem- und Diskussionspunkte auch für die Zukunft wird der Anschluß am Schlangenloch, die Führung der Straße durch die Faulbruchwiesen und der Waldverlust bis zur Nikolauspforte sein, die Art des Kreuzungspunktes der beiden Bundesstraßen, die Anbindung oder Teilstillegung des Schwimmbadweges, der Kreuzungspunkt und die Nähe zur Wohnbebauung an der L 3113 (Straße nach Gräfenhausen). Am 9. September findet im Bürgerhaus darüber eine Bürgerinformation statt. Zum zeitlichen Ablauf dieser als Jahrhundertbauwerk bezeichneten Umfahrung Mörfeldens, die die Voraussetzung für die Verkehrsberuhigung in Westend/Rüsselsheimer Str., Gärtnerweg und Groß-Gerauer Str. ist, machte man keine großen Hoffnungen. Ca. ein Jahr wird mindestens bis zur Planfeststellung vergehen. Bis zur Rechtskraft dieses Verfahrens werden drei Jahre ins Land gehen (wenn keine Einsprüche per Gericht ausgeräumt werden müssen). Alsdann steht ein großes Fragezeichen über den Finanzen. Die betroffenen Bürger in den überlasteten Straßen könnten angesichts der trostlos scheinenden Zukunftsaussichten resignieren. Das aber wäre das falscheste. Auch hier gilt, nur öffentlicher Druck kann die Angelegenheit beschleunigen.



## „Nix Wohnung! Hau ab!“

Bereits vor einigen Wochen hatte das DGB-Ortskartell auf Fälle schwerer Wohnungsnot hingewiesen und dazu erklärt, daß die Bedingungen für ein Erstarken des Faschismus auch den sozialen Nährboden miteinschließen — das Elend, aus dem Teile der Bevölkerung in ihrer blind geschlagenen Verzweiflung vielleicht nur noch den „starken Mann“ als Ausweg sehen. Nur zu gern lassen wir uns manchmal von den hochverdienenden Besitzern der Zeitungshäuser vormachen, daß die ins absolute Elend geratenen selbst dran schuld sind: sind es Deutsche, so liegt's am Elternhaus, an „Charakterschwäche“; sind es Türken, so heißt es, die seien das halt so gewohnt und außerdem hätten sie nicht herkommen brauchen. Daß sich der gleiche Pressezar vielleicht von schwarz-bezahlten türkischen oder jugoslawischen Bauarbeiterkolonnen einen Bungalow hochziehen läßt, wird taktvoll vertuscht. Wir sehen es jedenfalls weiterhin als unsere Pflicht an, über Fälle schwerster Not in Mörfelden aufzuklären und an Hausbesitzer und die Stadt zu appellieren, endlich etwas gegen diese Not zu unternehmen.

Die krassesten uns bekannten Fälle sind türkische Familien, die seit Jahren in guter Kameradschaft Seite an Seite mit deutschen Kollegen arbeiten. Die eine bewohnt in der Rüsselsheimer Straße eine 1-Zimmer-Wohnung zu sechst: Die Eltern und vier kleine Kinder, davon eines gerade neugeboren. Seit einiger Zeit liegen ärztliche Bescheinigungen beim Mörfelder Wohnungsamt vor, daß die Wohnverhältnisse direkt an häufigen Erkrankungen schuldig sind. In diesem wie im folgenden Fall wurde aber dem Familienvater in letzter Zeit auf dem Wohnungsamt deutlich geantwortet (bei gerade geöffnete Tür): „Nix Wohnung! Hau ab!“

Ist ihre Verbitterung nicht verständlich, sogar zutiefst gerechtfertigt? Der andere Familienvater — auch er hat bereits seit Jahren einen Wohnungsantrag gestellt — lebt mit seiner Frau und fünf Kindern (!) im Gärtnerweg. Diese Problemgruppe läßt sich beliebig erweitern:

Eine Familie lebt mit 2 kleinen Kindern in der Westendstraße in einer nicht-unterkellerten, umgebauten Waschküche. Dort wie in der Luisenstraße, wo 2 bis 3 türkische Familien in einem Haus in ständiger Feuchtigkeit leben, sind anhaltende Krankheiten die Folge. In der Bamberger Straße leben zeitweise 8 Personen — darunter ein junges Ehepaar — einer Familie in einer 3-Zimmer-Wohnung. Daß daraus ständige Spannungen und manchmal ein handfester Krach folgt, braucht niemanden zu verwundern. Nur zu leicht kriecht dann wieder das alte Vorurteil aus städtischen Amtsstuben: „Ja, ja! Guck der se doch aa, die Terke!“

Auch die Kollegen in dem inzwischen sattem bekannten Haus in der Opelstraße können über solche Vorurteile inzwischen nur noch bitter lächeln. Seit ca. 10 Jahren in un-

▽ serem Wirtschaftswunderland, versuchen sie jetzt schon seit längerer Zeit aus einer ehemaligen Bauarbeiterunterkunft auszuziehen. Ihr Hausherr hat ihnen kürzlich einfach einmal Wasser und Strom für einige Tage abgestellt (d.h. für insgesamt 4 Familien bei einer Toilette), als er ihnen 3 Wohnungen über dem Kopf abschlug, die bereits vor über 1 Jahr amtlich als unbewohnbar erklärt worden waren. Trotzdem hatte er an nichtsahnende Kollegen neuvermietet, die nur schlecht Deutsch können. Im Dezember wurden sie mit der Kündigung bedroht. Ohne Aussicht auf eine Bleibe für Frau und kleine Kinder. Im Winter gingen sie schließlich zum Rechtsanwalt. „Rechtlich einwandfreie Situation! Räumungsbeehl im Mai“, hieß es vor Gericht. Jetzt müssen nochmals 400 DM für den Rechtsanwalt des Hausbesitzers und Bauunternehmers pro Familie bezahlt werden. Dieser wie ein Hausbesitzer in der Langgasse, der Elendsverschläge für Wucherpreise an türkische Bauarbeiter vermietet, empfinden sich aber tatsächlich als „soziale Menschen“. Und sollten den verantwortlichen Politikern unserer Stadt nicht bei allem Zynismus dieser Selbsteinschätzung die Ohren klingen, wenn höhnisch dazu gesagt wird: „Wo sollen denn die armen Teufel unterkommen? Die Stadt macht ja doch nichts!“ Wir wollen schlicht, einfach und warnend vom antifaschistischen Arbeitskreis her fragen: „Stimmt das?“

**Antifaschistischer Arbeitskreis  
des DGB-Ortskartells Mörfelden**  
i.A. Herbert Debus  
Berliner Straße 31  
6082 Mörfelden

## Termine

### 30. August 1981

Friedensfest in Groß-Gerau, auf dem Gelände der Nordkirche, Danziger Straße (initiiert vom GEW-Kreisvorstand, getragen von verschiedenen Kräften aus dem Kreis Groß-Gerau)

### 1. September 1981

Gedenkfeier an der Mahnstätte des ehem. KZ Außenlagers in Walldorf. Veranstalter DGB-Ortskartelle Mörfelden und Walldorf, VVN. Um 18 Uhr

### 4. September 1981

Forumsgespräch zu Frieden und Abrüstung des DGB-Ortskartells in Mörfelden um 20 Uhr im Bürgerhaus. Es wirken mit: Christoph Jetter (DGB), Lorenz Knorr, Dr. Dr. Joachim Kahl, Dr. Konrad Elsässer.

### 10. Oktober 1981

Bundeweite Demonstration für Frieden und Abrüstung in Bonn.

# 18 Milliarden auf Kosten der Bevölkerung „eingespart“ – aber Milliarden für Rüstung und Konzerne

Der dramatische Griff in die Taschen der Bundesbürger ist Regierungsbeschluß. Weniger Kindergeld, höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, noch mehr Steuern und Sonderopfer im öffentlichen Dienst – aber 1,7 Milliarden mehr für die Bundeswehr. Das sind die wichtigsten Beschlüsse, die das Bundeskabinett gefaßt hat. Aber das ist noch nicht alles: Über Zuschläge zur Lohn- und Einkommenssteuer soll am 2. September entschieden werden. „Operation gelungen!“ meldete Bundeskanzler Schmidt nach der Kabinettsitzung vor der Presse in Bonn den Vollzug dieses brutalen Eingriffs in die sozialen Rechte der Bevölkerung, der zugleich mit Steuergeschenken in Milliardenhöhe für die großen Konzerne verbunden ist.

18 Milliarden Mark umfaßt das Paket der Streichungen und Steuererhöhungen, das das Bundeskabinett beschlossen hat und das bis zum 2. September Gesetzesform erhalten soll.

Ausdrücklich verteidigte SPD-Bundeskanzler Schmidt die Erhöhung des Etats für das Verteidigungsministerium um rund 1,7 Milliarden, der bereits in diesem Jahr mehr als 42 Milliarden beträgt, aber längst nicht alle Rüstungsausgaben umfaßt. Das entspricht einer Steigerung um 4,2 Prozent.

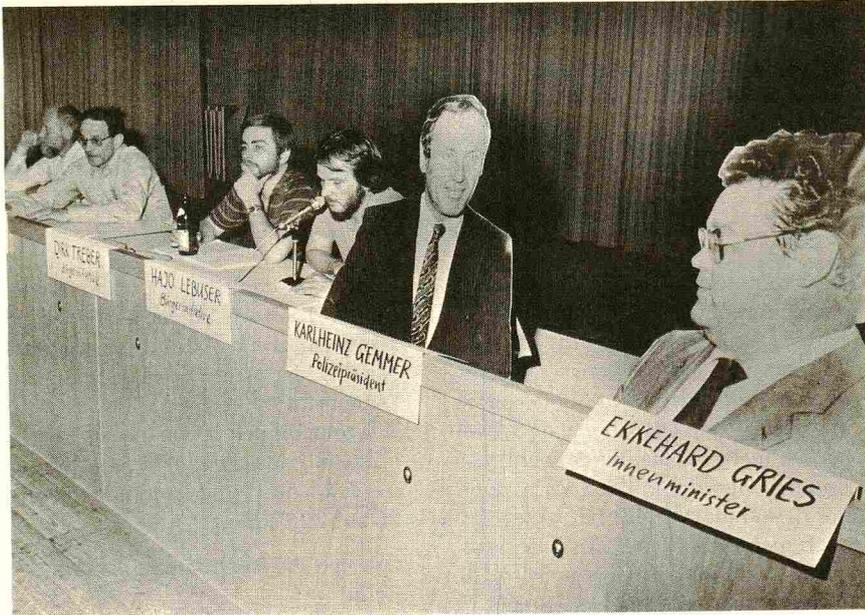
Zugunsten der großen Unternehmen hat das Kabinett Steuergeschenke beschlossen, die im Verlauf der nächsten Jahre Milliardensummen ausmachen. Dabei geht es um die Verbesserung der steuersparenden degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter – das sind vor allem Maschinen – von 25 auf 30 Prozent.

**Das sind die Rotstiftbeschlüsse von Bonn:**

- **Arbeitslosenversicherung:** Leistungskürzungen um 3,6 Milliarden DM. Um 300 Millionen Mark sollen die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reduziert werden.
- **Kriegsopferfürsorge:** 325 Millionen gestrichen.
- **Kindergeld:** Die Ausgaben des Bundes werden um rund 1,5 Milliarden gekürzt.
- **Öffentlicher Dienst:** Hier wollen der Bund 527 Millionen und die Länder 1,852 Milliarden aus den Taschen der Beamten, Arbeiter und Angestellten holen.
- **Steuern:** Die Heizölsteuer wird beibehalten. Die Tabaksteuer wird Mitte 1982 um rund 20 Prozent erhöht. Die Arbeitnehmersparzulage nach dem 624-Mark-Gesetz wird von 30 auf 20 Prozent gekürzt.



Samstags auf dem „Dalles“. Politisch Interessierte finden hier immer Möglichkeiten zur Diskussion. Hier gibt es am DKP-Infostand wöchentlich die UZ und einmal im Monat den neuesten „blickpunkt“.



Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative in der Walldorfer Stadthalle. Eingeladen waren der Polizeipräsident von Frankfurt und Innenminister Gries. Sie aber lehnten es ab, mit der Bevölkerung zu diskutieren. Auf dem Podium konnte man sie als „Pappkameraden“ bewundern.

## Das FAG-Sündenregister ist jetzt groß genug!

Das FAG-Sündenregister ist jetzt groß genug! Das Umweltverbrechen auf dem Frankfurter Flughafen bedroht die Trinkwasserversorgung Frankfurts. Aus der Tankleitung der Hydranten-Betriebsgesellschaft sind Millionen Liter des Flugzeugtreibstoffs Kerosin in den Boden und in das Grundwasser ausgelaufen. Dies aber ist nicht der erste derartige Vorfall auf dem Flughafen.

- Im Juni 1977 entdeckten Chemiker des Bundesgesundheitsamtes bei einer zufälligen Forschungsarbeit im Trinkwasser des Stadtteils Sachsenhausen bis zu 230 Mikrogramm pro Liter, Tetrachloraethylen. Normalerweise findet sich von diesem Giftstoff 0,4 bis höchstens 1,7 Mikrogramm pro Liter im Trinkwasser. Als nach über einem Jahr die Presse von diesem Vorfall Wind bekam, erklärte das Regierungspräsidium: „Nach so langer Zeit ist es einfach nicht mehr möglich, den damaligen Verursacher zu nennen.“ Die Wissenschaftler hatten ihn „mit Sicherheit im Bereich des Flughafens“ ausgemacht, worauf die Flughafen AG (FAG) erklärte: „In unserem Unternehmen wird kein Tetrachloraethylen verwendet.“ Die Lufthansa, die es auf dem Flughafengelände in großen Mengen zur Reinigung von Triebwerksteilen braucht, ist ja eine selbständige Firma.
- Am 5. Januar 1979 gibt das Umweltministerium in Wiesbaden Katastrophenalarm: Auf dem Flughafen waren Tage vorher 130.000 Liter Kerosin ausgelaufen — Ge-

fahr für das Grundwasser! Aber auch hier wird schon wieder beschönigt. Bald stellt sich heraus, daß 415.000 Liter ausgelaufen sind, von denen im Laufe der nächsten Monate 165.000 Liter „zurückgewonnen“ werden können. 17.600 Tonnen Erdreich werden auf eine Sonderdeponie nach Niedersachsen gefahren. Ein durch Kälteeinwirkung geöffnetes Ventil soll schuld sein. Die Polizei stellt fest: grobe technische Mängel sind die Ursache. Bis in 16 Meter Tiefe ist das Grundwasser betroffen.

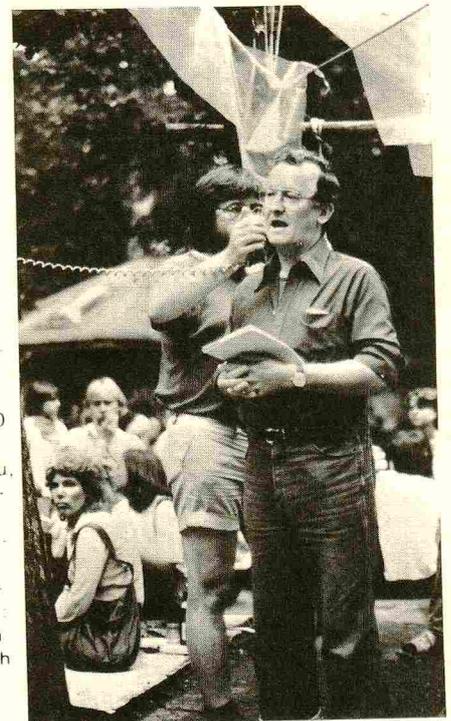
- Der nächste „Zufall“ stellt sich im Januar 1980 ein. Diesmal sollte Kälte und Tauwetter gemeinsam bewirkt haben, daß ein Schieberventil undicht wurde und 20.000 Liter auslaufen ließ. Mitte Dezember 1980 gibt ein Sprecher der Flughafen AG „Unregelmäßigkeiten im Hydrantensystem“ zu, nachdem „Gerüchte“ von erneut ausgelaufenem Kerosin aufgetaucht waren. Sonst aber fällt ein eiserner Vorhang des Schweigens herunter. Nur der Regierungspräsident wird zu Auskünften legitimiert und Esso gibt bekannt: „Der Umfang des Schadens ist bei weitem nicht so groß wie im Februar 1979“. Auch der Sprecher des Regierungspräsidiums, Hofmann, übernimmt die Esso-Lüge: Es handele sich um „einen Bruchteil dessen, was im Februar 1979 auslief.“

Esso benutzt noch eine Woche lang nach der Entdeckung des Lecks weiter die defekte Leitung, Hofmanns Erzählung, als er von der Presse um Auskunft darüber gebeten wird:

„Man hatte den angezeigten Druckabfall für Auswirkung des Kälteeinflusses gehalten“.

In Wirklichkeit wurde, wie längst durch den TÜV festgestellt ist, bei den Tankleitungen an Korrosionsschutz gespart. Schon nach dem ersten Unfall hätten die nun 20 Jahre alten Leitungen stillgelegt und der Bau moderner, leicht zu kontrollierender und zu wartender Leitungen begonnen werden müssen. Aber auch nach der neuen Kerosin-Katastrophe hört man, daß damit frühestens Anfang 1982 begonnen werden könne. Was soll denn noch passieren? Wenn schon die 415.000 Liter vom Februar 1979 eine Gefahr für das Trinkwasser bedeuteten — wie groß muß die Gefahr erst jetzt sein, wo es sich um Millionen Liter handelt? Es zeigt sich erneut: Der Rhein-Main-Flughafen hat sich zu einem der größten Umweltverschmutzer in Hessen entwickelt. Der kriminelle Umgang mit der Umwelt, der hier zutage tritt, unterstreicht mit Nachdruck unsere Forderung:

- Keine Startbahn West, die ein noch größeres Umweltverbrechen wäre!
- Sanierung des Erdreichs und des Grundwassers auf Kosten der Verursacher!
- Eine unabhängige Kommission muß das neue Umweltverbrechen untersuchen, die nichts vertuscht und verharmlost. Dabei sollten sein Vertreter der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen des Umlandes, der Naturschutzverbände, der Arbeiter- und Jugendorganisationen. Unter ihrer Kontrolle muß sofort mit dem Bau eines sicheren Rohrleitungssystems begonnen werden — nicht erst im nächsten Jahr!



Kundgebung im Hüttendorf. Viele hundert Bürger aus dem Flughafen-Umland waren anwesend, zeigten Solidarität zum Symbol des Widerstandes — dem Hüttendorf.

# Starke Hochwasser- schäden in Mörfelden

Nach den gewaltigen Regenfällen am 9. und 10. August, war auch der Süden von Mörfelden wieder einmal unter Wasser. Die Umgehungsstraße mußte wegen Überflutung gesperrt werden und der Hegbach glich einem Wildwasser. Die Feuerwehr war 36 Stunden im Einsatz, um größere Schäden zu vermeiden.

Für die Kinder war es sicherlich ein Spaß, im bis zu 40 cm hohen Wasser, im Bereich der Bachgasse, der Darmstädter- und der Gerauer Straße, herum zu waten.

Den Anwohnern brachten die Wassermassen jedoch Aufregung, Ärger, Verdruß und Arbeit. Vielen Betroffenen ist hierbei erheblicher Schaden entstanden.

Allein von der Feuerwehr mußten 14 Keller leergepumpt werden, die teilweise über 1 m hoch vollgelaufen waren. Den Feuerwehrleuten, die unermüdlich im Einsatz waren, und den Helfern des Roten Kreuzes, muß bei dieser Gelegenheit Dank und Anerkennung ausgesprochen werden.

Das Wasser war am nächsten Tag wieder von den Straßen verschwunden, auch waren die Keller bald leergepumpt und in den Gärten, sowie in der Feld- und Wiesengemarkung lief das Wasser langsam ab. Zurück blieben nasse, feuchte und muffig riechende Kellerräume und die vom Wasser und Schlamm zerstörte Ernte in den Gärten und auf den Feldern. Es bleiben aber auch viele Fragen offen, zum Beispiel, ob man gegen solche Naturereignisse wirklich nichts unternehmen könne.

Mehrere Maßnahmen wurden genannt, die sicherlich dazu beitragen würden, die Wassermassen etwas im Zaume zu halten. So ist dringend notwendig, das schon seit Jahrzehnten geplante Regenwasserrückhaltebecken im Nauheimer Oberwald zu schaffen. Die Gegner dieser Maßnahme sollten doch einsehen, daß es das kleinere Übel wäre, wenn dort an dieser Stelle, oberhalb der Autobahn, bei starken Regenfällen ein Stück Wiesen- und Waldbereich überflutet wird.

Bei der Bauverwaltung und im Magistrat sollte auch überlegt werden, ob nicht so mancher inzwischen trockengelegte oder zugeschüttete Graben wieder seine Funktion als Wassergraben übernehmen müßte. Zu diesem

Zwecke sollten die alten Gräben einmal gereinigt und mit den Bachläufen wieder verbunden werden. Auch ist zu untersuchen, ob nicht in der Darmstädter Straße, bei der letzten Straßenrenovierung, Fehler entstanden sind, die, wenn auch mit Kosten von Seiten der Stadt wieder behoben werden können. Desweiteren ist zu prüfen, welche Kanalstränge schon bei mittleren Regenfällen überlastet sind und das Oberflächenwasser nicht mehr aufnehmen können. Auch in solchen Fällen muß im Laufe der nächsten Zeit Abhilfe geschaffen werden, wenn notwendig mit stärkeren oder separat laufenden Rohren.

## Auch im Neubaugebiet gab es Wasserschäden

In den Kellern einiger im Steinweg-Nord errichteten neuen Häuser stand in diesem Sommer schon zweimal das Wasser, und bei dem starken Gewitterregen vor einigen Wochen wurden überall verstreut im Stadtgebiet, sogar im hoch gelegenen Wasserturbereich, Wasserschäden gemeldet. Zum Teil hängt es damit zusammen, daß die Absperrschieber nicht geschlossen waren oder nicht genug abdichteten. Die Ursache ist aber auch hier der die Wassermassen in solchen Situationen nicht fassende Kanal. Es ist sicherlich einzusehen, daß die Kanalstränge nicht nach einem „Jahrhundertregen“ dimensioniert sein können, aber in einigen Stras-

senbereichen des Mörfelder Ober- und Unterdorfes z.B. auch in der Straße „Am Hegbach“ sind diese bestimmt unterdimensioniert.

Im Bereich des Gebietes Steinweg hängt es damit zusammen, daß der Kanalverbund noch nicht fertiggestellt ist und am Steinwegtor vorerst endet.

Hier sitzen zwei Pumpen, die das, auch von Walldorf ankommende, Wasser in den Strang der Heidelberger Straße pumpen. Wenn, wie bei den starken Regenfällen der letzten Zeit geschehen, dann noch die Pumpen ausfallen, ist ein Anstauen des Wassers in einem Masse der Fall, das nicht normal bezeichnet werden kann und die Verärgerung der dortigen Bewohner, denen hierdurch Wasser in den Keller dringt, ist verständlich.

Auch hier muß die Stadt umgehend Abhilfe schaffen. Zur Zeit ist es nicht möglich, die Pumpen bei Ausfall zu reparieren, da sie unter dem Wasserspiegel fest montiert sind. Ein Schildbürgerstreich?

Als letztes sollte nach solchen Regenfällen Überlegungen angestellt werden, wie das Oberflächenwasser (auf die Dächer und gefestigte Höfe sowie Straßen treffende Regenwasser) am schnellen Abfließen in das Kanalsystem gehindert werden kann und somit am Unterlauf der Bäche gelegenen Orten Schaden anrichtet. Man sollte vielmehr an Maßnahmen denken, wie das verhältnismäßig saubere Wasser wieder dem Erdreich durch Versickern zugeführt werden kann.

Heinz Hechler



Wieder einmal Hochwasser in „Sachsenhausen“. Keller liefen voll, es gab Schäden an Häusern und Gärten.

## „Eckpfeiler der CDU“

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Protestbewegung gegen die Startbahn West fand es der Unionsfraktionschef, H. Jung, im Stadtparlament für notwendig, Aussagen zur „staatspolitischen Treue“ zu machen.

Bei aller Kritik an dem geplanten Umweltverbrechen dürfe man die Demokratie nicht in Frage stellen. Die „Staatsmacht“ dürfe man nicht negativ sehen; sie sei als Stütze, als Erhalter der demokratischen Ordnung notwendig.

Von unserer Seite wurde nichts entgegnet, weil wir nicht unnötig Öl in das Feuer der Diskussion gießen wollten. Die Beschlüsse gegen die Startbahn

sollten möglichst einstimmig gefaßt werden. Polemische Diskussionen schaden nur der Einheit der Startbahngegner. An dieser Stelle wollen wir aber doch, emotionslos, darlegen, daß wir obengenannte Äußerungen nicht widerspruchslos hinnehmen. Wenn Christdemokraten und Kommunisten von Demokratie reden, reden sie aneinander vorbei. Demokratie in deutscher Sprache Volksherrschaft, bedeutet doch nicht, nur alle vier Jahre sein Kreuzchen zu setzen, bedeutet doch nicht, einige Bereiche (und hier meinen wir vor allem die Wirtschaft) aus der Mitbestimmung des Volkes auszuklammern. Kapitalmacht und Kapital-

interessen schließen Demokratie aus. Wenn sie Regierungen und Parteien als Vollzugsorgane und Sprachrohre der Konzerne und Banken zu erkennen geben, wenn sie uneinsichtig gegen Bürgerbegehren und -protest sind, dann brauchen diese Parteienvertreter sich nicht zu wundern, daß gerade die junge Generation eine Staatsverdrossenheit ergriffen hat, daß sie die Staatsmacht als ihr Feindbild sieht. Wir wissen es und erleben es täglich, daß sich die CDU als Hüterin und Wahrer der Industrie- und Rüstungsinteressen versteht, daß sie CS-Nervengas und Gummigeschosse als „staatserhaltende Faktoren“ betrachtet, das sie sogar die Neutronenbombe für die Bundeswehr fordert. Das ist die CDU – man darf es nicht vergessen. R. Dötsch



## Mörfelden gestern

An dieser Stelle wollen wir nicht nur Straßen, Häuser und Höfe vom alten Mörfelden zeigen, sondern auch die Menschen, wie sie lebten, wie und unter welchen Bedingungen sie arbeiteten. Wie sie ihre, wenn auch geringe, Freizeit verbrachten, und was sie taten, um ihr Los zu verbessern.

Ein Stück Geschichte unserer Stadt sind die Bauarbeiter. Sie stellten lange Jahre den größten Anteil der Mörfelder Arbeiter. Schon früh organisierten sie sich in ihrer Gewerkschaft und gründeten bereits am 23. August 1897, vor genau 84 Jahren, in Mörfelden eine Zweigstelle. Damit trugen sie dazu bei, die nahezu katastrophalen Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Unser heutiges Bild zeigt eine Gruppe Bauarbeiter vor einer Baustelle in Frankfurt. Es sind auch einige Mörfelder darunter. Aufgenommen wurde es schon vor dem 1. Weltkrieg.